

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

10.1.1922 (No. 8)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 80 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt in die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Tauchboot als welt-politisches Zentrum.

In Europa sind jetzt die amerikanischen Zeitungen aus der Weihnachtswelle eingetroffen, so daß über die zum Konflikt geschürzten Konferenzdebatten von Washington übersichtlichere Angaben vorliegen, als es die kurzen und in nicht wenig Fällen tendenziösen Kabelmeldungen aus französisch-englischen Quellen gewesen sind. Vor allen Dingen tritt aus diesen ausführlicheren amerikanischen Berichten das Tauchbootproblem in seiner ganzen weltpolitischen Bedeutung hervor. Und es ist an erster Stelle die große Rede des englischen Admirals Lord Lee, die nun zur Bewertung des englischen und des französischen Verhaltens in der Frage der Tauchboote herangezogen werden kann. Lord Lee hat vorgeschlagen, daß die Verwendung von Tauchbooten von den Mächten überhaupt verpönt werden solle und daß sie als internationaler Rechtsbruch mit allen seinen Folgen betrachtet werde.

Bekanntlich lautete der ursprüngliche amerikanische Vorschlag auf Beschränkung der Rüstungen keineswegs dahin, daß bei den Tauchbooten eine allgemeine Beschränkung des Baues eintreten solle. Es wurden eher Grenzen nach oben gezogen, denn Amerika, das etwa 83 500 Tonnen Tauchboote und England, das 80 500 Tonnen Tauchboote besitzt, sollten das Recht haben, 90 000 Tonnen zu führen. Japan mit seinen jetzigen 82 000 Tonnen hätte nach diesem Plan 21 800 Tonnen bauen dürfen. Die französische Tauchboot-Tonnage von 28 360 und die italienische von 18 250 hätten für die Zukunft neben den andern nach dem Schlüssel 5 : 5 : 3 : 2 : 2 fixiert werden müssen, so daß Frankreich bestenfalls 36 000 Tonnen Tauchboote haben dürfte.

Diesem amerikanischen Vorschlag gegenüber bemerkte Balfour, die britische Delegation werde diesen Beschränkungs-vorschlag unterstützen, wenn die Washingtoner Konferenz nicht weiter zu gehen bestimme, prinzipiell sei aber England für die vollständige Abschaffung des Tauchbootes. Admiral Lord Lee begründete den letzteren prinzipiellen Standpunkt seines Landes, und er erhielt dazu die Zustimmung der Vereinigten Staaten. Frankreich aber lehnte sowohl den amerikanischen Vorschlag als den prinzipiellen englischen Standpunkt schroff ab.

Der englische Standpunkt der vollständigen Abschaffung der Tauchbootwaffe wurde von Lord Lee etwa wie folgt begründet: Das Tauchboot stellt sich, was Menschenleben und Kosten seiner Anwendung betreffen, enorm teuer, hat sich aber nur als Waffe zweiten Ranges im wirklichen Seekrieg erwiesen. Waffe ersten Ranges ist es nur beim Vorkommen von Barbareien. Lord Lee betont, daß es ihm fern liege, alles, was England in der Seekriegsführung getan, als müßig und alles, was Deutschland getan, als barbarisch zu klassifizieren. Die Deutschen hätten anfänglich das Tauchboot zu kassischen Angriffen gegen Kriegsschiffe verwendet, und es sei ein sensationeller Erfolg gewesen, als ein einziges kleines Boot drei Schlachtschiffe (Cressy, Hoque und Aboukir) auf einmal versenkte. Noch andere isolierte Erfolge dieser Art seien zu verzeichnen. Ihnen gegenüber steht aber die Tatsache, daß die englische Hochseeflotte in der Nordsee eine Strecke von der Länge der dreifachen Weltumsehung zurücklegte, ohne durch deutsche Tauchboote auch nur ein einziges Schiff zu verlieren. England konnte 15 000 000 Mann auf beiden Richtungen über den Ärmelkanal transportieren, ohne auch nur einen Mann einzubüßen. Es wurden Raids gegen Fährwege, Cuxhaven und Ostende unternommen, ohne daß deutsche U-Boote den Angreifern den geringsten Schaden zufügen konnten. Um die kleinen Erfolge auf dem Gebiete normaler Kriegsführung zu erzielen, verlor Deutschland nicht weniger als 200 Tauchboote und untergab dabei die hohe Geschwindigkeit seiner Seeleute in einem für sie so verlustreichen und dem Gegner so wenig schädlichen Kampfe. Nach dem militärischen Fehlschlag ging Deutschland zu den unmilitärischen Angriffen auf unbewaffnete Handelsschiffe über, zuerst mit vorgängiger Warnung, dann ohne solche. Auf diesem Gebiete konnte dann allerdings das deutsche Tauchboot augenfällige Erfolge erzielen. Es gelang ihm, etwa 12 500 000 Tonnen Schiffsräume zu versenken, die englische Lebensmittelversorgung zu einem Gegenstande erster Sorge zu machen und mehrere Tausende von Schiffsläusen beider Geschlechter den Tod in den Wellen finden zu lassen. Bekanntlich hat der Eindruck besonders des letzteren Geschehnisses die neutrale Meinung gegenüber Deutschland gründlich umgestaltet und die Vereinigten Staaten in den Krieg geführt. Nach Lord Lee hatte Deutschland von vornherein mit der Wirkung des „Choc“ auf die Neutra-

len zu rechnen; es wußte, daß das Tauchboot als inhumanes Instrument gebraucht werden müßte, um seinen Zweck zu erfüllen. Der Admiral zitiert noch den Protest des damals neutralen Amerika aus dem Jahre 1915, worin es heißt, daß die Verwendung des Tauchbootes, wie sie Deutschland nun betriebe, „mit den Prinzipien der Menschlichkeit absolut nicht in Einklang zu bringen ist“.

Wie sehr nun die französische Ablehnung dieses britisch-amerikanischen Standpunktes in der Tauchbootfrage ein förmlicher Kontrast in der politischen Weltanschauung ist, der kaum überbrückt werden kann, geht aus einer Betrachtung in der „Nouvele Militaire“ hervor, in der die französische Admiralität ihre Stellungnahme kundzugeben pflegt. In dieser Betrachtung wird bemerkt, daß Frankreich auf die Verwendung der Tauchboot-Waffe nicht verzichtet und sich in ihrer Verwendung auch keine Schranken ziehen lassen kann. Es heißt darin u. a.:

„Es ist nötig, daß die französische Regierung mit Energie den Standpunkt verteidigt, ungeachtet der während des Krieges dagegen erhobenen Proteste, daß das Tauchboot vom militärischen Gesichtspunkt aus eine unantastbare Waffe ist. Es besteht auch keine Verächtigung für die Auffassung, die in dem ersten Stadium des Krieges vertreten wurde, wonach feindlichen Handelschiffen vor der Landierung des Torpedos eine Warnung erteilt werden müsse.“

Man sieht, der französische Standpunkt von heute ist eine Nachlieferung des deutschen Standpunktes in der Tauchbootfrage von damals. Umso größer ist der Gegensatz zwischen der französischen Auffassung, die weder eine Beschränkung des Baues von Tauchbooten, noch eine generelle Abschaffung des Tauchbootes zugestimmt und der britisch-amerikanischen Auffassung, die durch Lord Lee so klar kundgegeben wurde und sich als „Choc“ auf die angelsächsischen Empfindungen prägenierte.

Der französische Fehler liegt diesmal darin, daß Frankreich sich traut, diese Empfindungen, die doch einmal den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg zum Nutzen Frankreichs provoziert hatten, in geradezu unglaublicher Weise zu brüskieren. Man mag bisher mit einem gewissen Recht gesagt haben können, letzten Endes hätten sich Frankreich und England immer wieder auf Kosten Deutschlands verständigt — diesmal, da das Tauchboot zum weltpolitischen Zentrum geworden ist, ist diese Verständigung eine glatte Unmöglichkeit. Und Frankreich wird es sein, das nachgeben muß.

Emil Friedr. Brodel.

Der Briefwechsel zwischen dem früheren Kaiser und Hindenburg.

Senatspräsident Dr. Bähler, Berlin veröffentlicht in dem Mannheimer Zentrumsblatt, dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“, folgenden beachtenswerten Artikel:

Die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem Kaiser und Hindenburg hat — zumal in rechtsstehenden Kreisen — zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, besonders über die Frage, ob diese Veröffentlichung zeitig zweckmäßig war. Aber auch in den Kreisen der Zentrumsparität sind die Ansichten darüber nicht ganz einheitlich. Auch ich halte die Publikation für mindestens sehr wenig zeitgemäß und zwar aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik. Zunächst vermag man nicht einzusehen, weshalb die Veröffentlichung dieses Briefwechsels, der aus den Monaten März-April 1921 stammt, gerade augenblicklich — nach dem Erscheinen des 3. Bandes der Bismarck'schen Gedanken und Erinnerungen — erfolgt ist. Kein Mensch in Deutschland wird daran denken, dem früheren Kaiser das Recht zu nehmen, seine Handlungen zu verteidigen. Aber es ist nun einmal doch Tatsache, daß der Kaiser früher in seinen Entschlüssen sehr selbständig vorging, ohne sich häufig um den Rat seiner Ratgeber zu kümmern. Zudem scheint dem Kaiser vielleicht insofern ein kleiner Irrtum in seinem Briefe an Hindenburg unterlaufen zu sein, wenn er sagt, daß er sich auf den Rat Hindenburgs und seiner übrigen berufenen Ratgeber zur Flucht nach Holland entschlossen habe. Denn die „Kreuzzeitung“ hat seiner Zeit selbst einen Artikel über die Vorgänge der letzten Tage in Spa veröffentlicht, wonach angeblich die Generale v. Pleßsen und Schulenburg einen anderen Rat erteilt haben. Aber es mag dahin gestellt sein, wie sich dieses Verhalten hat. Es kommt bei der Beurteilung dieses Vorganges doch wesentlich darauf an, wie die unbewußte, unbeeinflusste Meinung der Masse einen solchen Vorgang tatsächlich beurteilt.

Es fragt sich also erneut, was mit der Veröffentlichung bezweckt werden sollte. Man kann da doch wohl der volksparteilichen Abgeordneten Frau von Heim nicht ganz Unrecht geben, wenn sie bei dem Suchen nach Gründen auf den Gedanken kommt, daß damit der monarchistische Idee gedient werden solle. Und das ist nach meinem Dafürhalten das Betrübende an der Sache, daß nunmehr wiederum in den Arbeiterkreisen das Mißtrauen gegen die große Koalition Nahrung bekommen hat. Ich will hier nicht aus einer ganzen Reihe

von Gründen auf den großen Komplex von Fragen eingehen, die hiermit zusammenhängen. Ich darf für meine Person nur sagen, daß wir in Deutschland nach menschlichem Ermessen erst dann wieder eine Monarchie bekommen könnten, wenn nicht nur der größere Teil der Bevölkerung, sondern auch der weit-aus-übertragende Teil der Arbeitermassen sich für diese Staatsform entscheiden sollte. In dieser Beziehung billige ich ausdrücklich das, was Dr. Paul Nathan am 1. Dezember 1921 im „Vorwärts“ (Ausgabe A Nr. 236) geschrieben hat. Es heißt da u. a.: „Ich möchte annehmen, daß die überwiegende Masse der deutschen Bevölkerung nach den Erfahrungen, die sie mit den deutschen Monarchien und dem deutschen Kaiserreich gemacht hat, heute demokratisch und zugleich republikanisch gesinnt ist.“

Aber ganz gleichgültig, ob diese Anschauung die überwiegende Mehrheit aller Deutschen erfüllt, so ist doch ganz unzweifelhaft, daß eine große, eine starke und eine entschlossene Minorität auf solchem Standpunkte steht, und diese Minorität wird sich weder die Republik noch die Demokratie rauben lassen, ohne daß bei solchen Versuchen die allerwertvollsten Kämpfe entzünden würden. Das mag manchen Politiker schmerzlich berühren. Aber die Politik muß sich immer nach Tatsachen und nicht nach Herzensstimmen einstellen. Wer aber möchte um der Staatsform willen einen Bürgerkrieg entfachen? Und im übrigen, wer sollte denn den neuen Kaiser stellen? Schon diese eine Frage enthält Probleme, ob überhaupt einmal eine Monarchie für Deutschland zustande kommt, meines Erachtens vollkommen todschlagig. Es hat keinen Zweck, über die Staatsform von diesem Gesichtspunkt aus zu debattieren. Im Gegenteil, es ist gefährlich und schädlich.

Außenpolitisch aber ist die Veröffentlichung des Briefwechsels ein noch größerer Fehler gewesen. Der Briefwechsel enthält zwei Teile: die Gründe der Flucht und die Entstehung des Weltkrieges. Daß der Kaiser nicht die Absicht gehabt hat, diesen Weltkrieg zu entfachen, glaubt ihm jeder, auch ohne Ausführung. Aber die Schuldfrage selbst wieder aufzuwerfen, hat schon deshalb kaum Zweck, weil dadurch wieder einmal ein Keil in das deutsche Volk hineingetrieben wird, das schon deshalb einig sein muß, um den Wahnsinnsforderungen des Bonanner Ultimatus gemeinsam zu begehnen. Und dann, weil das Ausland aus allen diesen Erörterungen doch wieder Schlüsse auf angebliche ernstliche Bewegungen bei uns zieht, die irgend eine Bedeutung haben, ja in Wirklichkeit aber gar nicht der Fall ist.

Eines ist sicher: der frühere Kaiser kehrt nie wieder als Herrscher zurück, und was sich in Jahrzehnten ereignet, können wir ruhig der Zukunft überlassen. Alle solche Veröffentlichungen führen nur die verhängnisvolle Politik des Reichstanzlers Dr. Wirth, die er auf dem Berliner Presseempfang mit ausgezeichneter Klarheit vertreten hat: „Wir wollen sammeln, nicht zerstreuen; wir wollen das Trennende beiseite lassen und an die großen Notwendigkeiten denken, die für das Leben des deutschen Volkes unerlässlich erscheinen. Ruhe im Innern und nach außen, Abwehr der maßlosen Forderungen der Gegner unter Anerkennung unserer Pflicht, Reparationen zu leisten, soweit es mit dem Eigenleben des deutschen Volkes verträglich ist.“ Der Streit um die Staatsform muß aufhören; wir müssen diesem Staatswesen mit derselben Hingabe dienen — und zwar alle Stände —, mit der die Monarchie die Dienste des gesamten Volkes empfangen hat. Nur dann haben wir die Hoffnung, das Volk wieder aus dem Elend herauszuführen, in dem es sich befindet.“

Steuergemeinschaften?

Die Steuerhosen der kapitalkräftigen Kreise beruht zum großen Teil darauf, daß der Staat in bürokratischer Weise, nach einem festen Schema, die Steuern reglementiert. Der Staat muß nach der Schablone verfahren; denn je mehr er differenziert, um so gewaltiger wird der Beamtenapparat, um so schwieriger wird die Technik der Steuererhebung und um so geringer werden dadurch die Einnahmen. Vor allem aber hat der Staat gar nicht die Einsicht in die besonderen Bedürfnisse und in die tatsächliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Erwerbszweige und der einzelnen Betriebe. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, erörtert man zur Zeit in Berlin eifrig ein Projekt, nämlich das der Steuergemeinschaften oder Steuergemeinschaft. Danach soll die Regelung der Steuerart und die Steuerverteilung denen überlassen werden, die wirklich die Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufskategorien und der einzelnen Steuerzahler beurteilen können, nämlich den Berufsge nossen selbst. Die Angehörigen der einzelnen Berufe sollen, soweit das nicht schon der Fall ist, in Berufsge nossenschaften vereinigt werden, und diese Verbände erhalten volle Steuerautonomie. Die Steuerfreiheit des Staates soll sich darauf beschränken, die gesamte Steuer-summe, die er braucht, auf die verschiedenen „Steuergemeinschaften“ zu verteilen. Als Verteilungsschlüssel für die einzelnen Gemeinschaften mögen vorerst die Steuererklärungen der Mitglieder für 1920 und 1921 dienen. Für die Aufbringung der Steuern hatten die Ge nossenschaften jeder Gemeinschaft solidarisch.

An die Stelle der großen Individualsteuer trat also die auf die feinste differenzierbare Punktsteuer, an die Stelle der Sachsteuer, deren Erträge immer unsicher sind, das Umlageverfahren, bei dem die Staatseinnahmen von vornherein festgelegt sind. Auf sich gegen dieses Steuerreform, das bereits in verschiedenen Modifikationen bis ins Einzelne ausgearbeitet ist, manches einwendend läßt, liegt auf der Hand. Der schwerste Einwand, den man gegen die Steuergemeinschaften erheben kann, ist: daß der Staat eine wichtige Modifikation zugunsten der Zukunft, zugunsten des Privatkapitals aufgeben muß. Das ist eine doppelte Gefahr in dem Augenblick, wo die Großindustrie sich ansieht, offen einen Staat im Staate

zu bilden. Das Industriekapital hat in Stinnes einen Exponenten, dessen Macht keine Regierung mehr ignorieren kann, und es war daher verständlich, daß sich Wirth sich bemühte, mit Hugo Stinnes ein gütliches Einvernehmen herbeizuführen. Aber nunmehr ist zur Genüge erwiesen, daß diese Bemühungen vergeblich waren. Es geht nicht an, zu gleicher Zeit Rathenau und Stinnes als Förderer der Regierung ins Ausland zu schicken und denselben Rathenau von demselben Stinnes beschimpfen zu lassen. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Männern, zwischen dem Planwirtschaftler Rathenau, der das Kapital dem Staatsinteresse unterordnet will, und dem Freiwirtschaftler Stinnes, der den Staat dem Kapitalinteresse unterordnet will, droht in eine offene Rinde auszuarten. Der Stell rührt anscheinend von Rathenaus Wiesbadener Abkommen her, durch das Deutschland nach der Ansicht von Stinnes „ein Maximum von Leistungen zu vollbringen hat, während ihm gleichzeitig nur ein Minimum auf Reparationskonto zugeschrieben wird“. Der tiefere Grund aber ist der Kampf um die Kohlenwirtschaft, in dem Stinnes jetzt mit allen Mitteln die völlige Beendigung der Zwangs- hawirtschaft und die Anpassung der deutschen Kohlenpreise an den Weltmarktpreis, das heißt eine Erhöhung auf mehr als das Doppelte erzwängen will. Welche Folgen eine derartige Preispolitik für den überwiegenden Teil der Stadtbevölkerung haben wird, bedarf keiner Erörterung.

Hugo Stinnes scheint, da seine Kohlenpläne im Kabinett ebenjedenfalls nicht wie seine Eisenbahnpläne, der Regierung zur Strafe seine Dienste aufzugeben zu wollen. Mit staunenswerter Offenheit hat er einem böhmischen Journalisten erklärt, daß er seit seiner letzten England-Reise an den Reparationsverhandlungen kein Interesse mehr habe, „da sich ja andere Persönlichkeiten darum bemühen... Für das deutsche Volk aber muß im neuen Jahr die Entscheidung fallen, ob es fortan in der Republik Deutschland wohnen soll oder im Kaiserreich Stinnesien.“ („Weltbühne“).

Reichs-Wirtschaftsmuseum u. deutsche Volkswirtschaft.

Von Direktor Dr. rer. pol. W. Hedler.

Eine der traurigsten Feststellungen, die wir bei Ausbruch des Krieges 1914 machen mußten, war die der vollkommen ungenügenden Kenntnis der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. In welchem Umfange auf den einzelnen Gebieten eine Selbsterkenntnis möglich und durchführbar war, auf welchen Gebieten und in welchem Umfange wir von der Weltwirtschaft abhingen und wie die für uns notwendigen Rohstoffe, Lebensmittel und Erzeugnisse von den einzelnen Ländern bezogen hatten und auch weiter nur bezogen konnten, war allgemein unbekannt. Trotz der gewaltigen weltwirtschaftlichen Beziehungen, die in noch nicht einem Menschenalter von Deutschland aufgenommen und ausgebreitet waren, war die Feststellung dieser für die Volkswirtschaft als solche wie für ganz Deutschland selber so überaus wichtige, ja geradezu ihre Existenz bedingende Frage vernachlässigt worden. Wahrscheinlich ist diese Unterlassungsfünde aber gerade auf die gewaltige, in ungeahnt kurzer Zeit vor sich gehende Entwicklung unserer ganzen Wirtschaft zurückzuführen. Die Beziehungen, die sich seit fast hundert Jahren zwischen Deutschland und dem Ausland entwickelt haben, liegen der Abhängigkeit von der Weltwirtschaft nicht in die Erscheinung treten.

Den Wirtschaftlern genügt es, jederzeit in fast jeder beliebiger Menge alles das zu erhalten, was sie für ihren Wirtschaftszweig bedürfen, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, woher ihre Forderungen befriedigt würden. Die Wissenschaftler nahmen die sich im Verlaufe der letzten Jahrzehnte ergebenden Bedingungen als gegeben an und widmeten sich fast ausschließlich den weltwirtschaftlichen Fragen. Die Abhängigkeit Deutschlands darzulegen, auf die Gefahren hinzuweisen, die für ein politisch und wirtschaftlich so ungünstig gelegenes Land, wie Deutschland es ist, im Kriegsfall und im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten entstehen könnten, wurde nicht für notwendig gehalten. Ja, es wurde als Beweis dafür angegeben, daß eine Unterbindung von der Weltwirtschaft nicht erfolgen könne, da das nicht im Interesse aller der Staaten liege, die im Handelsverkehr mit uns ständen und daher „politische Rücksichten“ auf Deutschland zu nehmen hätten. Das schwächte ihre „Stoßkraft“ gegen unsere Volkswirtschaft ab. Durch diese auf Trugschlüssen beruhenden Ansichten unterließen die unbedingt notwendigen Feststellungen. Leider hatten sich diese Ansichten auf Grund unserer friedlichen, dem Kriege abgeneigten Volkstimnungen herausgebildet, ohne den Charakter der mit uns im Handelsverkehr

sich befindenden Völker zu studieren und ohne die Warnungen auch nur im bescheidensten Maße einzuschärfen und zu werten, die uns in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege in ausreißender Menge von den späteren Feindstaaten erteilt wurden. Als der Krieg nun ausgebrochen war und in aller kürzester Zeit die unseren Handel unterbindenden Maßnahmen seitens der Gegner Schlag auf Schlag erfolgten, bemächtigte sich der führenden Kreise eine große Fassungslosigkeit. Eine derartige Lage hatten sie nicht vorausgesehen; einer solchen Lage zeigten sie sich auch nicht gewachsen. Durch kleine Mittel und Mitteln wurde zunächst versucht, die Wirtschaft im Gange zu halten, in der stillen Hoffnung, daß der Krieg doch nur sechs Monate dauern „könne“ und daß bis dahin unsere Vorräte ausreichen würden. Auch jetzt noch wurde es unterlassen, in ausreichendem Umfange sich über die Bedeutung unserer Abhängigkeit von der Weltwirtschaft Rechenschaft zu geben und alle die Unterlagen zu schaffen, die eine so kritische Lage erforderte. Langsam, ganz langsam wurden die Maßnahmen ergriffen, die zur Feststellung unserer wirtschaftlichen Lage notwendig waren. Dabei wurde — ob freiwillig oder unfreiwillig kann ich nicht beurteilen — auf die Mitarbeit vieler derjenigen Männer verzichtet, die wohl in erster Linie auf Grund ihrer Tätigkeit dazu hätten berufen sein müssen, hierbei wertvolle Unterstützung zu leisten. Durch diese Unkenntnis unserer Lage wurden auch die von der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen beeinträchtigt, die in dieser Hinsicht nicht dem gerecht wurden, weshalb sie erlassen wurden, indem sie zum Teil weit über ihr Ziel hinausgeschossen und unnötige Härten verursachten, zum Teil einen Spielraum ließen, der mit unserer Lage nicht mehr vereinbar war.

Hierdurch brach sich die Erkenntnis auch in den nicht unmittelbar von den weltwirtschaftlichen Maßnahmen betroffenen Kreisen immer mehr Bahn, daß die Kenntnis der deutschen Volkswirtschaft eine der wichtigsten Aufgaben sei, die festzustellen und sie zum Gemeingut des ganzen deutschen Volkes zu machen, nach dem Kriege eine der Hauptaufgaben sein müsse.

Da die Umstellung der deutschen Volkswirtschaft in eine Kriegswirtschaft neue Probleme hervorbringen, neue Gesetze schaffen mußte, die in ihrer Entwicklung, in ihrer Bedeutung für die Kriegswirtschaft, aber auch für die spätere Volkswirtschaft von größter Bedeutung sein mußte, wurde 1917 beschlossen, ein Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig zu gründen, in dem diese Absichten verwirklicht werden sollten. Dieser Gedanke fand die volle Unterstützung der maßgebenden Wirtschaftskreise, vertreten durch den deutschen Industrie- u. Handelsrat, den deutschen Handwerks- und Gewerbelamerrat und den deutschen Landwirtschaftsrat.

Auf Grund der eingehenden Vorbereitungen gelang es, in verhältnismäßig kurzer Zeit so viele Unterlagen zu schaffen, daß im August 1918 eine Ausstellung, in der Teile der Kriegswirtschaft zur Darstellung gebracht wurden, eröffnet werden konnte. Die plötzlich und unerwartet ausbrechende Revolution setzte den Arbeiten vorübergehend ein Ende.

Im Sommer 1919 wurde von maßgebenden Persönlichkeiten der Reichs- und Sächsischen Staatsregierung sowie der deutschen Wirtschaftskreise beschlossen, die Grundzüge des deutschen Kriegswirtschaftsmuseums dazu zu benutzen, um ein Deutsches Wirtschaftsmuseum Deutschlands, sondern der ganzen Welt zu schaffen. Damit sollte zum ersten Male etwas rein deutsches geschaffen werden, ein Institut, das ausschließlich und zielbewußt sich mit der deutschen Volkswirtschaft beschäftigt. Dadurch sollte einem fühlbaren Mangel abgeholfen werden. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns auf Jahrzehnte — hoffentlich nicht auf Jahrhunderte — zu Rohstoffen der Sieger gemacht. Ob und in welchem Umfange es uns gelingen wird, unsere politische und wirtschaftliche Selbständigkeit wieder zu gewinnen, läßt sich nicht voraussagen. Wie sich aber auch die Entwicklung gestalten mag, eins ist sicher, daß seiner verwirklichten Rohstoffquellen beraubt Deutschland wird mehr denn je die Rohstoffe nutzen müssen, die ihm geboten sind. Weiterhin muß es bestrebt sein, die Rohstoffe, die es trotz der Entwertung des Geldes einführen kann, durch hochwertige Arbeit zu veredeln, um für die überaus große Bevölkerung wenigstens das Existenzminimum zu schaffen. Hierüber die Unterlagen zu schaffen, und weise Schichten der Bevölkerung aufzuklären, ist eine ebenso dringende wie vaterländische Aufgabe. Um diese Aufgabe aber lösen zu können, bedarf es der Überwindung gewaltiger Schwierigkeiten. Das Wirtschaftsmuseum erhielt von den zuständigen Behörden die Genehmigung, sich Reichs-Wirtschaftsmuseum zu nennen, um auch äußerlich der Bedeutung Ausdruck zu geben, die dem Institute beigelegt wird, um aber gleichzeitig dieses Institut als dasjenige zu bezeichnen, das im Interesse der Konzentration der Kräfte als maßgebendes Institut für diese

Aufgabe gelten soll. Weiterhin wurden ihm die Rechte eines Anstalts des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtsfähigkeit verliehen. Auch dadurch sollte die hohe Bedeutung zum Ausdruck kommen, die ihm von den maßgebenden Kreisen zugelegt wird.

Das Institut gliedert sich in 4 Abteilungen: die Schaustellung, die für den Besuch und die Belehrung der Allgemeinheit bestimmt ist; die Studiensammlung, deren Benutzung den maßgebenden Kreisen der verschiedenen Wirtschaftskreise vorbehalten bleiben soll; die Bibliothek, die die wirtschaftliche Fachliteratur in reichstem Maße beschaffen und zur Auswertung bereit halten soll; das Archiv, das nicht nur die Verfügungen, Erlasse, Bestimmungen der Reichs-, Staats-, Kommunal- usw. Behörden der Kriegszeit, sondern auch der nachfolgenden Zeit möglichst vollständig besitzen und verarbeiten soll. In diesem Archiv ist ein Mittelpunkt in Deutschland für diese wirtschaftlichen Quellen geschaffen worden, wie es in so reichem und vollstämmigem Maße nicht wieder hergestellt werden kann. Da das Institut bereits frühzeitig im Kriege angefangen hat, die Unterlagen zu schaffen, verfügt es über dieses wertvolle Material.

Von besonderer Bedeutung für die Allgemeinheit ist die Schaustellung. Durch Darstellung der einzelnen Wirtschaftszweige sowie der Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft und der Möglichkeit, auf einzelnen Gebieten eine Eigenwirtschaft zu führen wird die Gelegenheit gegeben, sich über die anscheinend einfachen und selbstverständlichsten Dinge Aufklärung zu verschaffen. Der Besucher erhält Aufschluß über die Rohstoffe, über ihre Herkunft, Verteilung auf die Industrie und Verarbeitung; er lernt erkennen, was aus Deutschland stammt, auf welchen Gebieten und in welchem Umfange wir vom Auslande abhängen. Die Schwierigkeiten der Einfuhr, des Transports und die Notwendigkeit und Möglichkeit der Bevoorzugung des deutschen Materials werden gezeigt.

Ausgehend von dem Rückgrat jeder Volkswirtschaft: den Kraftquellen (Kohle, Torf, Holz, Wasser- und Windkraft, flüssige Brennstoffe und Brenngase) wird ein Überblick über die einzelnen Wirtschaftszweige gegeben. In diesem werden die Rohstoffe, Zwischen- und Fertigerzeugnisse in genetischer Anordnung ausgestellt nebst den dazu gehörigen Werkzeugen, maschinellen Anlagen, Lebensmitteln und Nebenprodukten. Auf die Technik wird nur in dem Umfange eingegangen, wie es für das wirtschaftliche Verständnis notwendig ist.

Dieses ganze Material wird durch figurliche, bildliche, graphische Statistiken ergänzt und vervollständigt. Dabei wird auf die wirtschaftlichen Faktoren, die mit der Produktion in Verbindung stehen, eingegangen; so die Produktionsbewegung vor, während und nach dem Kriege unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse der Kriegswirtschaft und Nachkriegszeit; die Arbeitsverhältnisse, Lebensbedingungen, Wertveränderungen usw. Obgleich über diese einzelnen Faktoren in jeder Wirtschaftsgruppe sich eingehendes Material befindet, ist in einer besonderen statistischen Abteilung ein Überblick über die deutsche Volkswirtschaft gegeben.

Bei der Darstellung in dem Institute werden insofern neue Wege gegangen, als jeder Vorgang nicht nur figurlich, nicht nur bildlich, nicht nur statistisch dargestellt und veranschaulicht wird, sondern, daß alle Mittel angewandt werden, um das Verständnis für jeden, auch den einfachsten Vorgang zu erleichtern. Dadurch wird das Museum ein lebendiges Lehrbuch für alle Gebiete der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung!

Durch diese Art der Darstellung wird der Fachmann den Vorteil ziehen, daß er vergleichen und die große wirtschaftliche Linie überblicken kann, auf der seine Einzelarbeit liegt; der Laie wird erkennen, was nützt, und wird Verständnis und Interesse gewinnen für die Aufgaben und die Mittel des Wiederaufbaues. Die Jugend — und namentlich der Teil des Nachwuchses, aus dem die künftigen Leiter des Volkes genommen werden — wird von vornherein erzogen, den Blick in die Zukunft zu lenken. Bei allen wird der Mangel an volkswirtschaftlichem Wissen und an Verständnis für unsere deutsche Volkswirtschaft gemindert, vielleicht sogar beseitigt. Sie werden die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge verstehen lernen; sie werden auch die Schwächen und Abhängigkeiten ihres Heimatlandes erkennen. Dadurch wird ihr Verständnis auch für weltwirtschaftliche Fragen und Zusammenhänge geweckt. Durch eine solche Arbeit werden wir uns ein Geschlecht erziehen, das mit offenen Augen, kaltem, klarem Verstande und frischem Mut den Kampf mit dem Leben zu bestehen wissen wird!

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß das Institut als ganzes und jede einzelne Abteilung in vorbildlicher, wissenschaftlich einwandfreier Weise dargestellt wird. Daher war es erforderlich, Wissenschaftler und Wirtschaftler von Be-

Landestheater.

Erste musikalische Abendfeier im Landestheater.

In einem einleitenden Vortrag vorbereitete sich Herr Karl Malsch, ein ausgezeichnete Kenner, begeisteter Bewunderer und unentwegter Förderer der klassischen Kammermusik im allgemeinen und der klassischen Kammermusik im besonderen, über Einrichtung und Aufgabe der musikalischen Abendfeier, wie sie gestern Abend im Landestheater einem ausgewählten Publikum erstmals dargeboten wurde. Herr Karl Malsch sprach aus der Not unserer Gegenwart heraus, die nicht nur eine Zeit der materiellen Not, sondern auch der künstlerischen und seelischen ist. Aber die Kunstschaffenden der Neutönen fand er keine harten Worte; er erkennt die Ehrlichkeit ihres Ringens an, aber an sich steht er der Bewegung recht skeptisch gegenüber und erhofft sich wenig von dem Wege, auf dem die Moderne um Ausdruck ringt. Umso schärfer waren seine Worte, die er über die heutige Kammermusik fand, die oft die alleinige musikalische Kost darstellt, an der sich die Masse ergötzt. Das sind höchst bedauerliche Tatsachen. Das Volkslied, das einst köstliche, reine Blüten trieb, liegt im Aussterben, Singspiel und Operette treiben im Jahnwasser einer schwallen Erosion.

In dieser Not bleibt uns nichts anderes übrig, als daß wir uns erneut mit gesteigerter Inbrunst den Altmeistern der klassischen Musik zuwenden. In großen Zügen entwarf Herr Malsch ein anschauliches Bild ihres Wertens auf kammermusikalischem Gebiet, wobei ihm sein reiches Wissen vorzüglich zufließen kam. Er entwickelte das projektierte Programm im breiten Rahmen, wobei er Bach und Händel in den Vordergrund rückte, und beleuchtete zum Schluß die am gestrigen Abend zur Aufführung gebrachten Werke von Mozart und Händel. Liebe und Ehrfurcht bilden die Grundlage, auf der sich ein gesundes Volkstum aufbauen kann; davon durchdrungen müssen wir uns den großen Meistern nähern. Sie vermögen uns vielleicht einer schöneren Zukunft entgegenzuführen.

Der instrumentale Teil lag in den Händen der Kammermusikvereinigung Karlsruhe. Ich brauche nur Namen zu nennen wie Rämpfe, Gierckner,

Wenz und Spranger, die neben andern Künstlern die Hauptstützen und Pforten unseres Orchesters bilden, so weiß der nur einigermaßen mit dem Musikleben unserer Stadt vertraute Kunstfreund, daß erlesene Genüsse zu erwarten waren. Das entzückende, galante, heilige Divertimento Nr. 12 wurde in flotten sein abgetöntem u. rhythmisch straff agencierten Vortrag dargeboten. Von exzellentem Charakter ist die Bläserferrie in A-dur in C-moll, ebenfalls von Mozart, wie gleich die feierlich getragene Einleitung verrät. Am ergreifendsten ist wohl der langsame Satz, der von einer wehmütigen Stimmung erfüllt ist, und den die Künstler in wunderbarer Ruhe ausklingen ließen. In den beiden andern Sätzen, vor allem in dem mit einer Fülle von köstlichen Einfällen bedachten Schlußsatz, ringt sich dann Mozart aus der schmerzlichen Umklammerung böser Dämonen zu glücklicher Heiterkeit durch.

Diese beiden Stücke umrahmten das Händel'sche Kammerduett Nr. 18 in A-dur für Sopran, Alt und Klavier, in dem die Damen Adélaide und Weber vom Landestheater, von Herrn Schweppe am Klavier auf's Beste unterstützt, ihr gefangliches Können und gut entwickeltes Stimmgefühl darzulegen konnten.

Die Befriedigung der zahlreichen Zuhörer über die dargebotenen musikalischen Genüsse kam in herzlichem Beifall zum Ausdruck. Hugo Koller.

Fritz von Unruh.

Universitätsprofessor Dr. Walzel-Wonn sprach am vergangenen Freitag Abend auf Einladung des Theater-Kulturverbands in der Hochschule über Fritz von Unruh, den jungen Dramatiker, der erst durch Kriegsdichtungen bekannt wurde und heute für unsere dramatische Kunst eine starke Hoffnung — wenn auch eine viel umstrittene — bedeutet. Fritz von Unruh hat festige Anknüpfungen erfahren, die ihren Ausgang von Paul Cezanne nehmen, der glaubt, Unruh wolle die Welt der Dürer ausliefern. Professor Walzel ruhige, klare und verständige Ausführungen richteten sich gegen diese irrige Auffassung, die er glänzend widerlegte. Paul Cezanne und seiner Anhänger Beurteilung beruht auf einer irrtümlichen Deutung von des Dichters Stellung zum Weibe. Unruh ist sowohl in seiner

Sprache als auch in seiner dramatischen Ausdrucksform originell. Man muß daher mit ihm ringen. Er erschließt sich nicht sofort aufs erste Mal, was nur für ihn sprechen kann. Und dann hat er sich erst allmählich zu den in seinen letzten Dramen hervortretenden Ideen durchgerungen. Unruh konnte lange sogar als Vertreter eines dichtenden Militarismus gelten, vor allem mit seinem Vor-Kriegsdrama „Offiziere“. Um die Evolution seiner Weltanschauung darzutun, holte der Redner weit aus und entwickelte in höchst anschaulicher Weise die überwiegende Stellung des Weibes bei Unruh. Hauptmann, Strindberg. Er zeigte, wie Schmitzler Männer ganz in der Frau aufgehen, wie der Handel zwischen Mann und Frau alles bedeutet. Während dann die neue Dichtung sich vom Weibe freizumachen suchte, legte Unruh wieder das Schicksal des Mannes in die Hand der Frau, wobei er aber die Beziehungen zwischen Mann und Frau auf einen höheren Boden stellen will. Während Stefan George und sein Kreis von der Angst vor dem Weibe erfüllt sind, verkündet Unruh genau das Gegenteil. Nach ihm kann die Erlösung nur vom Weibe kommen. Diese Gedanken kommen am deutlichsten in der noch nicht vollendeten dramatischen Trilogie zum Ausdruck, von der „Geschlecht“ und „Platz“ vorliegen. Im III. Teil „Dietrich“ soll die Erlösung gefunden werden durch die Heiligung der Ehe. Wie Unruh hatte also Paul Ernst mit seiner vorliegenden Behauptung, die wohl einer allzu oberflächlichen Betrachtung der Unruh'schen Dramen entsprang. Immer tiefer, immer inniger behandelt Unruh von Drama zu Drama das Problem der Entföhrung der Welt, das ihm nicht mehr losläßt. Je mehr man sich mit Unruh Gedanken gängen vertraut macht, desto deutlicher trittutage, daß er mit Voraussetzungen verknüpft ist, die auf dem höchsten Gipfel des deutschen Geisteslebens angeheftet sind. Jedenfalls ist Fritz v. Unruh der Schöpfer einer neuen Weltanschauung, die wir vor allem auf sittlichem Boden brauchen. Wird ihm nun im „Dietrich“ das erlösende Wort glücken? Er kann uns in eine bessere Zukunft hinein führen, wenn sich das verwirklicht, was er will. Mit diesem vorbeisungsvollen Ausblick schloß der Redner seinen Vortrag, der die Zuhörererschaft ungemein stark fesselte, nicht nur wegen der gedanklichen Klarheit allein, sondern weil man eine Persönlichkeit sprechen hörte, die das Material souverän beherrschte und daher gottlos an kein Konzept gebunden war. G. R.

leistung für diese Aufgabe zu gewinnen. Trotz der hohen Anforderungen, die gerade jetzt an diese Kreise gestellt werden, ist es gelungen, geeignete Personen von Ruf zur Mitarbeit zu gewinnen. Da diese Herren zu einem sehr großen Teile Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstituten, Fachakademien, großen wirtschaftlichen Verbänden oder Unternehmungen angehören, also stets über die neuesten Forschungsergebnisse und wirtschaftlichen Erfahrungen verfügen, ist die Gewähr dafür geboten, daß das Institut die deutsche Volkswirtschaft und ihre Einzelgebiete im neuesten Stadium der Forschung darstellen kann. Und hierin wird einer der Hauptvorteile dieses Institutes zu erblicken sein. Es soll hier nicht der Geist dieses Historikers wachen, der seine Unfähigkeit, die Ereignisse des Tages zu begreifen und zu werten, hinter der Forderung versteckt, diese müßten erst den gehörigen geistlichen Abstand gewinnen, bevor sie seinem Urteil unterliegen. Das Urteil über Vergangenes ist herzlich wenig wert, denn „wie still steht die Vergangenheit“ und auch das tiefgündigste Urteil über sie ändert sie nicht um Haarsbreite.“ Von diesem Institute aus soll der Blick von der Gegenwart zu der Zukunft gelenkt werden. Wer die Gegenwart mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Bemühungen, aber auch mit ihren großen Erfolgen, die jeden damit Vertrauten aufmuntern und ihm immer neuen frischen Lebensmut geben, kennen und verstehen lernt, wird an die gemaltete Arbeit der Aufklärung einer wirtschaftlichen freien Zukunft zielbewußt mit wirtschaftlichem Verständnis und technischem Können und mit unbegrenztem Willen gehen.

Politische Neuigkeiten.

Cannes.

Paris, 9. Jan. Die Sachverständigen haben sich gestern in der Frage der deutschen Zahlungen für 1922 auf folgendes Kompromiß geeinigt: Vorzahlungen sollen in diesem Jahre die Summe von 700 Millionen an Stelle der in den Londoner Abmachungen vorgesehenen 500 Millionen betragen. Diese Reduktion der deutschen Zahlungen soll an folgende Bedingungen geknüpft werden: 1. Erhebung der Zölle in Gold, 2. Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife, 3. Erhöhung des Kohlenpreises, 4. Balanzierung des deutschen Budgets, 5. Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, 6. Einstellung der Papiergeldausgabe, die eine der Hauptursachen der Marktentwertung ist, 7. Reform der Reichsbank. Von den insgesamt 1700 Millionen der einschließlich der August-Milliarde soll England 500, Frankreich etwa 200 Millionen und Belgien den Rest erhalten. (Frankf. Bl.)

London, 8. Jan. Neuer Bericht aus Cannes, dort werde die äußerste Verschwiegenheit über die Frage einer britischen Garantie der Sicherheit Frankreichs gewahrt, es bestehe jedoch guter Grund zu der Annahme, daß Lloyd George und Briand eine lange und wichtige Unterredung über diese Frage in London hatten. Die Londoner Besprechungen hätten auch andere Fragen umfaßt, die in Bezug auf die englisch-französischen Beziehungen entstanden seien. Man sei der Ansicht, daß die bei den Londoner Besprechungen aufgeworfenen Fragen in Cannes vorgelegt würden.

Der Sonderberichterstatter des „Weekly Dispatch“ in Cannes meldet, die Unterredung zwischen Lloyd George und Briand über die Frage der Sicherheit Frankreichs und die Frage einer englisch-französischen Allianz hätten zu einem weitreichenden System von Garantien geführt, die Großbritannien für die Sicherheit Frankreichs anbieten werde. Das Wort Allianz werde wahrscheinlich nicht gebraucht werden. Eine verbindliche Entente werde jedoch praktisch auf einen Bündnisvertrag hinauslaufen.

Lord Derby schreibt im „Sunday Express“, ein Bündnis zwischen England und Frankreich zu Verteidigungszwecken würde der sicherste Weg sein, um Frankreich zu überreden, sich Englands Absicht auf Einschränkung, vielleicht sogar Abschaffung der Unterseeboote anzuschließen.

Die englischen Blätter weisen auf den Versuch hin, der in einem Teil der französischen Presse gegenüber der Konferenz in Cannes zum Ausdruck gebracht wird.

Paris, 9. Jan. Wie der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ aus Cannes mitteilt, werden die Beratungen über die Frankreich durch England zu gebenden Garantien fortgesetzt. Gestern vormittag haben die französischen Delegierten Lloyd George ein Memorandum überreicht, in dem der französische Standpunkt zum Ausdruck kommt. Im Laufe des Nachmittags hatten Briand und Lloyd George eine Unterredung. Für heute vormittag wird die Antwort der englischen Delegation auf das französische Memorandum erwartet. Schon in London habe, wie der Sonderberichterstatter sagt, Briand bei den letzten Verhandlungen auf die Notwendigkeit eines englisch-französischen Bündnisses hingewiesen. Damals habe er keinen Erfolg gehabt, und er habe unter gewissen Bedingungen zustimmen müssen, daß Deutschland ein Moratorium bewilligt werde. Er habe sich auch auf die europäische Wirtschaftskonferenz einlassen müssen, mit einem Wort: Bare geliefert, bevor er den Preis dafür erhalten habe. Briand und seine Mitarbeiter hätten zuerst in der gestern übermittelten Note ein Defensivbündnis verlangt, das sich auch auf die osteuropäischen Staaten, namentlich auf Polen, ausdehnen werde. Diese Forderung habe Lloyd George jedoch als für die Dominions unbestimmlich abgelehnt. Er sei mit einigen Änderungen auf dem Kontinent: des Schutzvertrages vom 26. 8. 1919 zurückgekommen. England wolle Frankreich mit allen seinen militärischen Streitkräften beistehen und gemäß Art. 43 und 44 des Friedensvertrages von Versailles die militärische Neutralität des linken Rheinufer und die Entmilitarisierung des rechten Rheinufer in einem Gebiet von 50 Kilometer sichern im Falle eines nichtprovozierten deutschen Angriffs.

London, 9. Jan. Lloyd George teilte dem Vertreter des deutschen Büros in Cannes mit, alles verlasse so gut, wie man es nur erwarten könne. Seiner Ansicht nach werde die Konferenz etwa noch eine Woche dauern. Einer der Hauptdelegierten auf französischer Seite sagte, es beständen geringe Meinungsverschiedenheiten über die genaue Summe, die Deutschland zahlen solle, und auch über die Verteilung der Reparationszahlung unter die Alliierten. Der französische Delegierte hob die Opfer hervor, die England bringe, um ein allgemeines Überkommens zustande zu bringen.

London, 9. Jan. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Cannes meldet über die Beratungen zwischen Briand und Lloyd George, es bestehe jetzt Grund zu der Annahme, daß vielleicht schon rasche Fortschritte gemacht wurden. Beide Ministerpräsidenten schienen jetzt zu bezweifeln, daß es für die Konferenz von Cannes augenblicklich vor allem darauf ankomme, auf breiter Grundlage ein Übereinkommen zwischen England und Frankreich zu schaffen, das es beiden Ländern ermöglicht, gewissermaßen dem Frieden und Stabilität Europas weitere Unterstützung zu verleihen. Die Frage der Reparationen, so wichtig sie auch sei, konnte doch erst an zweiter Stelle. Auch die Konferenz von Genua sei für den Augenblick von geringerer Bedeutung. Es sei klar, daß das englisch-französische Übereinkommen nicht nur Frankreich militärisch sicher-

stellen müsse gegen einen etwaigen deutschen Angriff, es müsse auch England beschützen, mit Frankreich allein die Grenze der mittleren Meeres- und südpazifischen europäischen Staaten zu garantieren. Alle Garantien müßten gegenseitig sein und müßten England wenigstens die maximierten Sicherheiten geben, die es brauche. Es müsse für Europa ein Abkommen getroffen werden, das dem Biermächtigen für den Stillen Ozean gewisse Rechte einräumt.

Der „Times“-Berichterstatter bemerkt, die wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Schrittes würden groß sein und sich wahrscheinlich nicht nur auf Europa beschränken. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Cannes schreibt, wenn Großbritannien in der Reparationsfrage auf seine finanziellen Rechte verzichte, müsse es ein politisches Äquivalent dafür erhalten.

Cannes, 9. Jan. (Havas.) Die alliierten Minister haben endgültig das in Paris ausgearbeitete Projekt betr. die Errichtung eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beauftragten Konsortiums festgelegt. Es wurde die Bildung einer Gesellschaft mit einem beschränkten Kapital von nur zwei Millionen Pfund Sterling vorgezogen, an welche in den verschiedenen interessierten Ländern Tochtergesellschaften angeschlossen werden sollen, deren Kapital in der Währung des Landes gezeichnet werden soll. Die Hauptgesellschaft wird ihren Sitz in London haben.

Cannes, 10. Jan. Tschißherin teilte dem Obersten Rat mit, daß die russische Regierung die Einladung zu der europäischen Konferenz ablehne, die für Februar einberufen wird. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses wird die Wahl der russischen Delegation vornehmen und derselben ausgedehnte Vollmachten übertragen.

Paris, 9. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington ist offiziell mitgeteilt worden, daß die Einladung der Vereinigten Staaten zur Konferenz von Genua durch Vermittlung des Botschafters Harvey eingegangen sei. Präsident Harding und Staatssekretär Hughes dürften in den nächsten Tagen die Einladung beraten, und in Kürze werde auch das Kabinett mit der Angelegenheit befaßt werden. Eine in Washington verbreitete Ansicht gehe dahin, daß die amerikanische Haltung gegenüber der geplanten Konferenz von Genua bereits früher auseinandergesetzt worden sei in der letzten Botschaft des Präsidenten an den Kongress. Die Rede des Ministerpräsidenten Briand auf der Abrüstungskonferenz über die Notwendigkeit, daß Frankreich eine große stehende Armee unterhalte, habe die allmähliche Herausbildung der Klänge der amerikanischen Regierung, Europa zu unterstützen, merklich verlangsamt. Für die Vereinigten Staaten sei es noch dieser Ansicht unzulässig, mit den verschiedenen künftigen Hilfsmitteln, die für die Befestigung der europäischen Verhältnisse vorgeschlagen werde, weitere Versuche zu machen, falls nicht die Ursachen des Darniederliegens des europäischen Wirtschaftslebens beseitigt würden. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas würde sich nach den Ansichten von Persönlichkeiten, die augenblicklich für die Regierung sprechen, rasch einstellen, wenn Frankreich und andere Nationen ihre militärischen Streitkräfte abbaute, und wenn die Reparationsforderungen der Alliierten abgebaut würden. Nachdem nunmehr die offizielle Einladung nach Genua eingegangen sei, würden wahrscheinlich Anweisungen dieser Art an den Botschafter Harvey nach Cannes ergoßen.

Der Parteitag der U. S. P.

Leipzig, 9. Jan. In einem dem Parteitag vorgelegten Manifest wird Stellung genommen gegen die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten mit dem Bürentum und gegen die Politik der Rosa Luxemburg Internationalen. Die U. S. P. setzt ihre Kampfpolitik fort und ermöglicht den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien in den siegreichen Endkampf des Proletariats. Die Partei stellt als wirtschaftliches und soziales Kampfziel in den Vordergrund: 1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung, 2. Befähigung jeder Verlangung der Arbeitstätigkeit, 3. Abschaffung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts, 4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, 5. Wirksame Unterstützung der Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen, 6. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. Die Partei fordert scharfe steuerliche Heranziehung der Reichen von Produktionsmitteln und die Sozialisierung von Schlüsselindustrien insbesondere des Kohlenbergbaues. Der Entzug des Sozialismus kann nur international geregelt werden.“ In seinem Bericht über die Verhandlungen der Programmkommission betonte Ledebour, die Partei besenne sich zur revolutionären Diktatur des Proletariats. Ihre Anwendung in Russland fordere scharfe Kritik heraus. Die Moskauer Diktatur sei in Wahrheit die Diktatur einer Minderheit über das Proletariat selbst. Im Laufe der Besprechung erklärte der Generalsekretär der französischen Partei, Kause, so lange nicht ehrliche Brüderlichkeit zwischen dem französischen und dem deutschen Volke herrsche, sei der Weltfrieden nicht verträglich. Auf die französischen Sozialisten könnten die deutschen zählen.

Badische Uebersicht.

Bolivianisches Konsulat.

Dem zum bolivianischen Generalkonsul für das Deutsche Reich ernannten Herrn Gustavo Nios Bridoug in Hamburg ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Demzufolge wird der Herr Nios Bridoug konsularischer Bevollmächtigter in Baden zugelassen.

Was sind Devisen?

DZ. Devisen sind Wechsel und Schecks auf das Ausland, in ausländischer Währung zahlbar und das verbreitetste Zahlungsmittel zum Ausgleich internationaler Forderungen. Das heißt: Die Zahlungen, die deutsche Kaufleute in England, oder französische Kaufleute in Deutschland leisten müssen, werden nicht in barem Geld geleistet, sondern in Wechseln. Der internationale Zahlungsverkehr kann vor sich gehen: 1. durch Austausch von Waren, 2. durch Bezahlung von Bargeld und 3. durch Auslandswechsel (Devisen). Der Austausch von Waren ist nicht immer möglich, weil er abhängig ist von der Produktions- und Kaufvermögen der betreffenden Länder. Der Verwendung von Bargeld treten noch größere Schwierigkeiten entgegen (schlechte Transportfähigkeit, Inverkehrsetzung, hohe Versteuergesetze). Deshalb gibt man im zwischenstaatlichen Handelsverkehr der Bezahlung von Devisen den Vorzug. Hat ein Kaufmann A. in London einen Händler B. in Leipzig und einen C. in Rom Waren geliefert, so bezahlet die beiden Schuldner nicht in bar in der Währung ihres Landes, sondern senden dem Kaufmann A., ihrem Warenlieferanten, einen Scheck, eine Anweisung oder einen Wechsel auf London. Der Kaufmann A. bezahlet nach London oder Rom zu leisten, so bezieht er seine Schuld durch Scheck usw. auf diese Länder. Die Anschaffung und den Verkauf von fremden Wechseln usw. vermittelt die Bank. Diese senden sie, wenn sie sie von ihrer Kundschaft erhalten, an befreundete Bankhäuser des Auslandes beziehungsweise zu

Entziehung und Gutschrift an ihre eigenen Filialen, um dann auf Grund ihres Guthabens Schecks und Wechsel in den gewünschten Beträgen auszuschreiben. Diese Auslandswechsel (Devisen) werden an den Börsenplätzen gehandelt. Ihr Kurs, d. h. der Preis, der an der Börse notiert wird, ist wie jede andere Ware dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Ist die Nachfrage größer als das Angebot, dann steigt der Kurs, umgekehrt fällt er.

Das Städtische Verkehrsamt Baden-Baden

übermittelt uns nachstehenden Bericht über den Fremdenverkehr im Jahre 1921 in Baden-Baden: Eine Reihe besonderer Umstände hat dazu beigetragen, unserem Weltbade im abgelaufenen Jahre einen über Erwartungen gesteigerten Besuch zu bringen. Die durch Kriegsmassnahmen stark eingebüßten Reifemöglichkeiten haben sich nach Einführung besserer Zugverbindungen und Befestigung der meisten Zwangsbewirtschaftungen ganz außerordentlich gehoben, der stark gesunkene Wert unserer Währung nahm dem deutschen Reisenden fast jede Möglichkeit ins Ausland zu reisen, während andererseits für den Ausländer dadurch ein besonderer Anreiz gegeben war nach Deutschland zu kommen.

Zu diesen Umständen, die der Steigerung der Besuchsziffer Baden-Badens besonders günstig waren, trat noch hinzu, daß wir fast das ganze Jahr außerordentlich schönes und trockenes Wetter zu verzeichnen hatten. Dementsprechend ging die Zahl der Besucher sprunghaft aufwärts und erreichte mit Schluß des Jahres eine noch nie dagewesene Höhe. Während in den besten Vorkriegsjahren die Gesamtzahl der Besucher 80 000 niemals überschritt, wurde bis zum heutigen Tage die Zahl 85 161 in diesem Jahre erreicht.

So wird Baden-Baden vorzugsweise von größeren und kleineren Kongressen und Tagungen als Versammlungsort gewählt, von denen im Berichtsjahre wieder eine große Anzahl in Baden-Baden getagt haben.

Baden-Baden hat in Vorkriegszeiten unter seinen Besuchern stets zahlreiche Ausländer zu verzeichnen gehabt, die nunmehr wieder anfangen in größerer Anzahl in der ganzen Welt berühmtes Bad aufzusuchen. Freilich haben auch hier die geänderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse starke Verschiebungen zur Folge gehabt. Die Staaten des östlichen Europas, die früher eine große Anzahl Besucher nach Baden-Baden entsandten, sind heute schwächer vertreten. An deren Stelle sind die sogenannten neutralen Staaten wie Schweden, Holland und Skandinavien, getreten. Aber auch aus den übrigen Ländern kommen wieder zahlreiche Besucher, wenn auch deren Anzahl die Vorkriegsziffer zum Teil noch nicht erreicht haben.

Die nachstehende Zusammenstellung gibt über die Zahl der Gäste aus den verschiedenen Ländern interessante Aufschlüsse:

Staatsangehörigkeit	1921	1920	1913
Deutschland	66 229	52 953	60 997
Polen	388	157	28
Belgien	256	53	738
England	1 001	250	2 168
Frankreich	2 013	765	3 520
Holland	6 159	406	2 136
Japan und China	111	39	31
Italien	210	62	321
Nordamerika mit Kanada und Mexiko	1 694	293	3 308
Österreich	794	519	896
Rosen	387	124	—
Rußland und Randstaaten	1 204	660	1 815
Skandinavien	692	222	300
Schweiz	2 784	684	1 215
Spanien und Portugal	145	68	169
Südamerika	189	76	252
Türkei	64	33	11
Ungarn	190	54	—
Verschiedene Länder	651	185	212

Jahresgesamt: 85 161 57 603 78 117

Wenn man die Gesamtzahl der im Jahre 1921 hier angekommenen Fremden nach der vorläufig festgestellten Ziffer mit 85 161 annimmt, so entfallen davon 66 229 auf Inländer und 18 932 auf Ausländer, ein Verhältnis, das zu Vorkriegszeiten nahezu das gleiche war. Man kann also von einer Überfremdung Baden-Badens oder auch nur einem Vorherrschen des ausländischen Gäste keineswegs sprechen.

Der Kampf in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Die Bewegung unter den Arbeitern der Schwarzwälder Uhrenindustrie greift immer weiter um sich. Bekanntlich hat der Schlichtungsausschuß in Rottweil einen Entscheid gefaßt für den die Gültigkeitserklärung beantragt wurde. Die Verbindlichkeitserklärung sollte durch den württembergischen Delegationskommissar ausgesprochen werden, der aber erklärte, daß nur der Reichsarbeitsminister befugt sei, die Verbindlichkeitserklärung auszusprechen. Daraufhin stimmten Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter ohne weiteres zu, daß der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung sofort an den Reichsarbeitsminister weitergeleitet werde. Von Arbeitnehmerseite wird erklärt, daß die Arbeitgeber den Rottweiler Schlichtungsausschuß grundsätzlich auch wegen seiner Höhe ablehne, und um eine klare Situation zu schaffen, sind die organisierten Arbeiter von ihren Gewerkschaftsführern beauftragt worden, ihren Dienst zu kündigen. Das Ergebnis aus Schramberg ist bereits gemeldet worden. In Schwenningen ist in 22 Betrieben abgestimmt worden. Von 5057 Stimmberechtigten stimmten 4680 mit ja und 99 mit nein; 24 Stimmen waren unglücklich. An der Abstimmung beteiligten sich nur organisierte Arbeiter. In Schwenningen sind die neuen Forderungen bis jetzt von fünf Betrieben mit rund 590 Beschäftigten bewilligt worden. In Leislingen haben von zwei in Betracht kommenden Betrieben 116 Arbeiter für und 3 gegen die Kündigung gestimmt. In den badischen Industrieorten ist die Stimmung überwiegend für die Kündigung. Es liegen zwar Abstimmungsergebnisse noch nicht vor, doch ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß sich die badischen Uhrenarbeiter ihren württembergischen Kollegen anschließen werden. Hat man doch in Billingen bereits beschlossen, zur Stärkung der Verbandskassen eine Erhöhung des Verbandbeitrages um 75 Prozent durchschneitlich vorzunehmen. In St. Georgen (Schwarzwald) scheint der Kampf ein besonders hartes zu werden. Die Firma Gebrüder Heilmann, Maschinenfabrik, hat bereits ihrerseits sämtlichen Arbeitern gekündigt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Der bayer. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat den bad. Staatspräsidenten Dr. Summel eingeladen, gelegentlich des Besuches des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Siebes in München, der am nächsten Mittwoch und Donnerstag stattfindet, anwesend zu sein. Der badische Staatspräsident, den dieser Tage mit dem Reichsfinanzminister Dr. BIRTH eine Besprechung hatte, wird der Einladung Folge leisten.

DZ. Heidelberg, 8. Jan. Bürgermeister Dr. Braun aus Schifferstadt wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Heidelberg in Haft genommen. Wie verlautet, handelt es sich um ein Verbrechen gegen § 175. Zugleich mit ihm wurde ein Heidelberger Student namens Landes verhaftet.

DZ. Konstanz, 8. Jan. (Stadtratbeschlüsse.) Der Stadtrat hat beschlossen, für die Verbesserung der Straßenelektrolichtung 100 000 Mark zu bewilligen. Um die Vorarbeiten für die Errichtung des Bürgerheimes zu fördern, wurde die Einsetzung eines diesbezüglichen Ausschusses beschlossen. Der Stadtrat erklärte sich im Prinzip auch damit einverstanden, daß durch die Vereinigungen für Leibesübungen im Loretowalder Waldheime errichtet werden, für die die Stadt Konstanz das nötige Terrain zur Verfügung stellen wird. Auch die Frage der Erbauung eines Wohnheimes soll durch einen Ausschuss gefördert werden.

DZ. Konstanz, 8. Jan. (Das Recht der Kritik.) Infolge einer in der „Konstanzer Ztg.“ erschienenen Kritik ist es zwischen dem Leiter der Musikkapelle des Inf.-Regts. 14, Obermusikmeister Bernhagen, und der Konstanzer Presse zu einem bedauerlichen Konflikt gekommen. Aus einer Bekanntmachung der Gruppe Seefreis des Vereins Süddeutscher Presse geht hervor, daß Obermusikmeister Bernhagen den Konstanzer Bericht mündlich und schriftlich folgende Mitteilung hat zugehen lassen: Die Leute der Kapelle würden bei Vereinstveranstaltungen, die der dem Herrn Bernhagen mißliebige Kritiker betrifft, die Instrumente niederlegen. — Die Presse des Bodenseegebietes hat nunmehr über Obermusikmeister Bernhagen und seine Kapelle die Sperre verhängt. Die Konstanzer Zeitungsbefehlshaber sind dahin übereingekommen, alle Ankündigungen über Veranstaltungen, bei denen die Kapelle des Inf.-Regts. 14 mitwirkt, bis auf weiteres abzulehnen.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Im Schauspiel findet am nächsten Donnerstag die dritte Aufführung des Schauspiels „Mose Verbn“ von Gerhard Hauptmann im Landestheater statt. Das Lustspiel

„Frauenfeuer“ geht am kommenden Samstag zum drittenmal im Szene. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 15. Januar, das beliebte Lustspiel „Bischof von der Pfalz“ von Rudolf Brederer und Walter Stein wiederholt.

Die zweite literarische Abendfeier erfolgt am Montag, den 16. Januar. Ihre besonderer zeit- und literaturgeschichtlicher Charakter ist durch die Bezeichnung „Rafolo (Alt-Weisheit)“ bestimmt. Im Rahmen einer Frühlings- und Geburtstagsfeier, als deren Schauplatz der Garten eines vornehmen Leipziger Hauses angenommen wird, sollen in Wort und Ton ein Auschnitt des gesellschaftlichen Lebens der „galanten Zeit“ und in einer knappen Auswahl charakteristische Proben ihres Dichtens und Sühns gegeben werden. Als Zeitpunkt des Vortrags ist etwa das feste Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zu denken. — Über alle Einzelheiten wird das ausführliche Programm Aufschluß geben, dessen Bekanntgabe demnächst erfolgt.

sch. Kolosseum. Das Januarprogramm darf in jeder Hinsicht ein gutes genannt werden. Eröffnet wird das Programm von der Operettendiva Viola Fichtenau. Die 3 Schwestern von der Berg mit ihren eigentlich-aktoralischen Tänzchen schließen sich der ersten Nummer an. Die equitativistischen Neuheiten von Morow erwecken ungeteilten Beifall. Nicht minder beifällige Aufnahmen fanden die drei Verberz mit ihrem Stiefpfeiffel. Der rheinische Humorist, Engelbert Sassen, welcher uns früher schon mit seinen Darbietungen erfreute, ist nicht schlechter geworden und versteht es, auch jetzt wieder das Publikum angenehm zu unterhalten. Im zweiten Teil des Programms ist es der Unberühmter Karl Schreber, der mit Unterstützung von Alice Schreber für Unterhaltung sorgt. Er bringt einfach alles: Handgelenke, orientalische Jongleure, chinesische Gaukler, Handkutschentworfungen und einen Aquarell-Malakt. Auch in der Gedächtnisarbit ist er ein Meister. Die Pausen werden durch die Hauskapelle ausgefüllt. Ein Besuch des gediegenen Programms kann empfohlen werden.

* Wir verweisen unsere Leser auf die im Inseratenteil befindliche Bekanntmachung des Mieter- und Untermietervereins.

Staatsanzeiger.

Die Versicherung der Rindviehbestände betr.

Auf Grund des Artikels 1, 2 und 32 des Viehverversicherungs-gesetzes (Gesetz- und Verordnungsblatt 1910 S. 581) wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1921 dem Viehverversicherungsverband angeschlossen, die Ortsviehverversicherungsanstalten: Reilshaus (Bezirksamt Breisach), Schielberg (Bezirksamt Gillingen), Bamlach und Mauchen (Bezirksamt Müllheim), Egersweier (Bezirksamt Offenburg), der Ortsviehverversicherungsverein: Lutzingen mit Grunholz und Stadenhausen (Bezirksamt Badstut).

Karlsruhe, den 4. Januar 1922.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. A. Pfisterer.

Allgeiz.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Lehrer Adam Joachim in Neufreistadt zum Bezirkslehrer in Breisach.

Bezirksassistentenlehrer Dr. Emil Huber zum Bezirkslehrer in Neff.

Bezirkslehrer Hans Greve in Breisach nach Adelsheim.

Entlassen:

Oberregierungsrat Dr. Ludwig Imhoff in Berlin auf Ansuchen.

Geurlaubt:

Paul Kalchschmidt, evang. Pfarrer in Priesenheim, Nikolaus Bieger, zurückgesetzter Kanzleidiener, zuletzt beim Rath. Oberstiftungsrat.

Landgerichtsrat Theodor Schmidt in Karlsruhe.

Ämliche Bekanntmachung.

Müllabfuhr in Karlsruhe betreffend.

Auf Grund von § 87 a St.-G.-B., § 386 Ziffer 10 St.-G.-B., § 8 der Gesundheitsverordnung vom 23. Dezember 1908 wird, unter Aufhebung der ortspolizeilichen Vorschrift vom 27. April 1920, mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe für die Stadt Karlsruhe mit Ausnahme der Stadtteile Rinkheim, Mülpure, Grünwäldel und Darglanden nachstehende, mit Erlaß des Herrn Landeskommissars vom 19. Dezember 1921 Nr. 7814 für vollziehbar erklärte ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1. Jeder Vorstand einer Haushaltung, eines Betriebes oder einer Anstalt, ist verpflichtet, das gesamte Hausmüll als Kehricht, Küchenabfälle, Feuerungs-rückstände usw. durch die Stadt abführen zu lassen. Eine Befreiung von dieser Verpflichtung kann nur für solche Grundstücke genehmigt werden, auf denen rein landwirtschaftliche Betriebe untergebracht sind, sowie für solche, die abseits befestigter Straßen oder an Wegen liegen, die mangels genügender Breite oder der Befestigung nach Feststellung des städtischen Tiefbauamtes von Müllwagen nicht befahren werden können.

§ 2. Das von der Stadt abzuführende Hausmüll, einschließlich Küchenabfällen und Feuerungsrückständen, ist durch die Vorstände der Haushaltungen, Betriebe oder Anstalten an den vom städtischen Tiefbauamt beauftragten Abholern zu bestimmten Abholzeiten, in Behältern gesammelt, bereitzustellen. Diese müssen aus Blech oder aus sonstigem haltbarem Stoff hergestellt, mit Deckel und Handgriffen versehen und so beschaffen sein, daß sie in gefülltem Zustande von einem Manne getragen werden können. Ihre Füllmenge darf nicht weniger als 30 und nicht mehr als 50 Liter, ihr Reinegewicht nicht mehr als 8 Kilogramm betragen. Sie dürfen nicht über den Rand gefüllt werden und sind möglichst rein zu halten. Gefäße, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, werden nicht entleert. Für vorrätismäßige Ausführung der Müllentfernung, deren Beschaffung den Haushaltungen, Betriebs- oder Anstaltsvorständen obliegt, sind letztere verantwortlich. Ihre Aufstellung hat, soweit durch das städtische Tiefbauamt nichts anderes bestimmt wird, unmittelbar hinter dem nach der Straße führenden Haus-, Garten- oder Hofeingang zu erfolgen. Der Zugang zu den bereitgestellten Behältern muß dem Abfuhrpersonal offengehalten oder auf Anhalten sofort geöffnet werden.

Die Aufstellung der Müllgefäße an einer anderen, weiter abliegenden Stelle des Grundstücks kann vom städtischen Tiefbauamt auf Antrag gegen Sondervergütung gestattet werden.

§ 3. Für die Erfüllung der in § 1 und 2 aufgeführten Verpflichtungen ist neben dem Haushaltungsvorstand der Hauseigentümer bzw. der ihm gleichgestellte dingliche Nutzungsberechtigte verantwortlich.

§ 4. Die Abfuhr des Hausmülls durch die Stadt erfolgt gegen Vergütung nach der Müllgebührenordnung.

§ 5. Die Abfuhr gewerblicher Abfälle und zwar sowohl von Feuerungsrückständen, als von Materialabfällen, ist Sache des betreffenden Gewerbetreibenden. Die Stadt übernimmt sie nur auf Grund besonderer Vereinbarungen gegen entsprechende Vergütung.

Strafbestimmungen.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geld bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1921. O. B. 191. Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfeuche betr.

Nachdem im Gehöft des Friedrich Dörflinger, Rinkheimerstr. 28, die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.

Das Gehöft des Friedrich Dörflinger bildet einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.

Im dem Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz festgesetzt, aus dem zwischen Durlacherallee und Nord-Wilhelmsstraße gelegenen Stadtteil gebildet.

Karlsruhe, den 5. Januar 1922. O. B. 4. Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 5. Januar verschied sanft und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater

Baurat a. D.

August Baumberger

im 80. Lebensjahr.

Karlsruhe, 8. Januar 1922.
Wendstr. 9.

Frau Frieda Baumberger geb. Heiß,
Hermann Baumberger, Hauptmann a. D., Berlin,
Dr. Otto Baumberger, Rechtsanwalt, Karlsruhe,
Frieda Wipprecht geb. Baumberger,
Friedrich Baumberger, Bankprokurist, Saarbrücken,
Lotte Baumberger geb. Münster,
Dr. Fritz Wipprecht, Gymnas.-Direktor, Offenburg,
Marianne Baumberger geb. Girbach
und drei Enkelkinder.

Die Beisetzung hat in der Stille stattgefunden. K. 934

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 11. Jan. 5^{1/2} — geg. 9^{1/2} Uhr Mk. 40.—

Der Schatzgräber.

Total-Ausverkauf!

So lange Vorrat reicht bieten wir an:

Männerkleider in verschied. Farben zu M. 130
Knabenkleider „ „ „ „ „ 70
Restposten Männer- und Knabenanzüge äußerst billig
Restposten Burckchen grau zu M. 40
Kinder- und Mädchenkleider für Winter von M. 60 an
Restposten in getragener Wäsche (Hemden und Unterhosen):
Hemden „ „ „ „ zu M. 15
Hosen „ „ „ „ zu M. 12
Männerunterhosen, grau Tricot, neu zu M. 20
Infanterie-Schaffkieseln, getragen und gut instandgesetzt „ „ zu M. 70
Restposten in Kinderkieseln, schwarz und braun, äußerst billig
Rohschäfer, reine Wolle, zum Umarbeiten, 3 Stück M. 5.

Städtische Bekleidungsstelle

Ausstellungshalle — Karlsruhe i. B.

Geöffnet von morgens 8 bis abends 1/6 Uhr.

Briefmarkensammlungen,

besonders alte Briefmarken, Kreuzermarken, Bürttemberg 1806/1906 mit Krone, lauft zu Liebhaberpreisen. Erledigung umgehend. Briefmarkenhaus Schwaben, Stuttgart, Marienstr. 7. K. 915

Neue Nachweisungen über eingezahlte Einkommensteuer

4seitig 60 Pfg. 2seitig 40 Pfg.
= Vierteljährliche Zusammenstellungen dazu =
2seitig 40 Pfg. Erschließlich bei

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe, Karlsruherstraße 14, Fernsprecher 953 und 954.

Mieter- u. Untermieter-Bereinigung Karlsruhe

(G. B.) Mitglied des Landesverbandes u. Bund Deutscher Mietervereine. Geschäftsstelle: Morgenstr. 51 p. Sprechstunden täglich 5-7 Uhr, Mittwoch 8-9 Uhr abends „Unter den Linden“, Kaseralle 71. K. 830

Donnerstag, 12. Januar, abends 8 Uhr, im Saalbau, Ecke Gottesauer- und Lachnerstraße

Mieter-Versammlung.

Industrie-Gelände

von mindestens 15000 qm mit Wasserleitungs-, Elektrizitäts- u. Gleis-Anschluß für altes Industrie-Unternehmen mit solidem Arbeiterstamm, ev. auch mit Areal für Wohnhäuser

zu kaufen gesucht;

solches am zukünftigen Neckarkanal oder mit Wasserkraft bevorzugt. Angebote von Gemeinden oder Privaten an die Geschäftsstelle der „Karlsruher Zeitung“ unter K. 932 erbeten.

Tüchtiges arbeitames Ehepaar,

das Kenntnisse in Gartenarbeit besitzt, zur Verwaltung eines kleinen Landhauses in größerem Garten gesucht. Nur solche mit nachweislich besten Empfehlungen wollen sich melden unter K. 931 bei der Exped. der Karlsruher Zeitung.

Bürgerl. Rechtspflege

u. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

1470. Mosbach. Die Ehefrau Wilhelm Dürner, geb. Marie geb. Baier in Döllau hat beantragt, ihren Mann, den verschollenen Steinbauer Wilhelm Dürner, geboren am 6. Juli 1862 in Sattelbach, zuletzt wohnhaft gewesen in Döllau, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 23. Septbr. 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Amtsgericht zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt wird.

Alle, welche Auskunft über den Tod oder das Leben des Verschollenen geben können, werden aufgefordert, dies spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht anzugeben. Mosbach, 7. Jan. 1922. Bad. Amtsgericht.

Bekanntmachungen.

Ruß- und Brennholz-

Versteigerung.

des Forstamts Wiesloch am Mittwoch, 18. Januar 1922, vormittags 10.30 Uhr, im Forsthaus in Unterhof aus Domänenwald, distrikt I Kirchriedwald:

1. Ruchholz: 28 Eichen II.-VI., 82 Kiefern III. bis VI., 1 Erle V., 21 Birken V. und VI., 24 Fichtenstämme V. u. VI., 18 Forstschälstücke I. bis III., 288 Radelstämme und Reststämme; Schichtmaßholz, Stier: 6 Eichen, 18 Kiefern, 3 Erlen.

2. Brennholz: 321 Ster Laub- u. Radelholz, 4930 Normalmellen, Laub- u. Radelholz. 2.469 Händler sind von der

Versteigerung des Brennholzes ausgeschlossen. Gebote für nicht bei der Versteigerung anwesende Personen werden nur dann angenommen, wenn der Steigerer im Besitze einer schriftlichen Vollmacht ist. Kein Steigerer darf im ganzen mehr als 4 Ster und 100 Wellen steigen.

Schriftliche Angebote bis 20. Januar 1922 erbeten; Zuschlagsfrist 10 Tage.

Budengammholz-

Berkauf.

Das Forstamt Konstanz verkauft freihändig aus den Staatswaldungen bei Deitingen, Kaltbrunn und Hohenstein den Anfall an Antheilen mit rund 500 Festmeter in 10 Losen; das Holz ist in Fällung begriffen. Losverzeichnis und Auktions durch das Forstamt. K. 447

Schriftliche Angebote bis 20. Januar 1922 erbeten; Zuschlagsfrist 10 Tage.

Radelangholz-

Berkauf.

Das badische Forstamt Lonnberg (im Schwarzwald) verkauft freihändig rund 3000 Festmeter Radelangholz, meist Fichten und Kiefern, wenig Eichen, in 9 Losen. K. 446

Verzeichnisse und nähere Auskünfte durch das Forstamt. Schriftliche auf ganze Verkaufslöse lautende, in Prozenze der heute gültigen Landesgrundpreise angebotene Angebote werden bis Donnerstag, den 19. Januar 1922 angenommen.

Erhöhung

der Eisenbahn-Per-

sonentartise auf 1.

Februar 1922.

Auf Grund der allgemeinen Ausführungsbestimmung 5 (2) zu § 12 der Eisenbahnverkehrsordnung wird bestimmt, daß mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 29.—31. 1. 22. gelöst werden, die Fahrt spätestens bis zum 31. Jan. 1922 angetreten werden muß. Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppelkarten und bei Fahrkarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung gelöst sind. K. 473

Karlsruhe, 7. Jan. 1922. Eisenbahngeneraldirektion.